

Unfreiwillig nach Zürich

Hilfsangebote Viele armutsbetroffene Menschen fahren für Essen und andere Unterstützung in die grösste Stadt im Land. Verantwortlich für die Grundversorgung sind zwar die Gemeinden und Kantone, in denen die Menschen leben, aber vielerorts fehlen Daten, Konzepte – und Bewusstsein.

TEXT JONAS FREY UND KIRA KYND

Wie jeden Abend stehen bei der Essensabgabe an der Europaallee in Zürich Dutzende Menschen für Lebensmittel und abgepackte Mahlzeiten an. Aus dem Kanton Aargau sind zwei Ukrainer*innen angereist. Sie hätten keine Arbeit, seien froh über Angebote wie diese, sagen sie.

Ob bei der Essensabgabe, im Begegnungsort oder im Internetcafé: Im Gespräch mit Armutsbetroffenen in Zürich hört Surprise immer wieder, man reise extra aus anderen Gemeinden und Kantonen an. «Aus unserer täglichen Erfahrung können wir bestätigen, dass zahlreiche Besucher*innen unserer Angebote nicht aus der Stadt Zürich stammen», schreibt beispielsweise auch die Franziskanische Gassenarbeit Zueflucht Pace.

Warum fahren Armutsbetroffene extra nach Zürich, obwohl sie die Reise Geld kostet? Wie schauen die Gemeinden darauf? Um Antworten zu finden, hat Surprise 36 Gemeinden in den Kantonen Zürich und Aargau kontaktiert, Studien gelesen und mit Fachleuten gesprochen. Es gibt kaum Zahlen oder Berichte zu dieser unfreiwilligen Mobilität von Armutsbetroffenen. Sie wird statistisch nicht erhoben, das bestätigen auf Anfrage sowohl die Stadt als auch der Kanton Zürich, die Konferenz der kantonalen Sozialdirektor*innen (SODK) sowie verschiedene Gemeinden. Die Stadt Zürich verweist auf die Angebote privater Hilfsorganisationen, vielleicht gäbe es da Zahlen. Doch auch diese dokumentieren nicht, woher die Menschen kommen – vor allem um ihre Anonymität zu schützen.

Der Blick in die Praxis der Gemeinden zeigt nun: Die unfreiwillige Mobilität von Armutsbetroffenen wird durch ein mangelndes lokales Angebot, Angst um den Aufenthaltsstatus oder Stigmatisierung befördert. Armut bleibt unsichtbar, weil sie nicht gezählt wird. Dies, obwohl die Verantwortung für die Armutsbekämpfung bei den Gemeinden und Kantonen liegt. Was sich auch zeigt: Im Unterschied zu Zürich fehlt es in kleineren Gemeinden grundsätzlich an Strategien, um Armut wirksam zu bekämpfen. Wir beginnen die Reise in der Stadt Zürich.

Erste Station ist der dortige Verein Incontro. Hier gibt es kostenlos tägliche Essensabgaben, Sprachkurse, ärztliche Beratungen und einen warmen Begegnungsort. «Vor allem Geflüchtete und Wanderarbeiter*innen kommen von ausserhalb der Stadt und zum Teil aus abgelegenen Orten zu uns», sagt Schwester Ariane. Sie leitet den Verein Incontro zusammen mit Pfarrer Karl. Im Unterschied zu den Institutionen, die mit der Stadt Zürich eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen haben, muss Incontro sein Angebot nicht auf Einwohner*innen der Stadt Zürich beschränken. «Bei uns muss man keinen Ausweis zeigen. Und auch keine Angaben zum Wohnort machen», sagt Schwester Ariane. Das gebe den Besucher*innen ein Gefühl der Sicherheit. Ob Menschen aus anderen Gemeinden kommen, hänge auch stark von den dortigen Verantwortlichen der Sozialdienste ab,

ergänzt Pfarrer Karl. In manchen Gemeinden warteten Geflüchtete jahrelang auf einen Sprachkurs (siehe Infobox S. 10). «Selbst wenn Angebote bestehen, fehlt oft das Personal, das mit kriegstraumatisierten Menschen arbeiten oder ihnen eine Sprache vermitteln kann.»

Zweite Station in Zürich in das Kafi Klick. Hier können sich Menschen mit Fragen zur Wohnungs- oder Stellensuche, zur Prämienverbilligung und vielem mehr kostenlos beraten lassen. Und hier hören die Berater*innen von den Menschen, die den Ort aufsuchen, ähnliches. Co-Leiter Stephan Hochuli sagt: «Dass Leute von weit herkommen – zum Teil aus Graubünden oder Glarus –, liegt auch am Sprachangebot des Kafi Klick.» Anders als an anderen Orten werden die Beratungen im Kafi Klick nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Spanisch, Italienisch, Englisch, Französisch und Portugiesisch geführt.

Durch den Austausch mit den Armutsbetroffenen ist dem Team bewusst geworden, dass es in den Gemeinden eine Art Negativ-Wettbewerb bei der Sozialhilfe gibt. Hochuli sagt: «Die Strategie kommt mir ähnlich vor wie beim Steuerwettbewerb. So wie es Gemeinden gibt, die um vermögende Steuerzahler*innen buhlen, gibt es Gemeinden, die Obdachlose oder Sozialhilfebezüger*innen draussen haben wollen. Sie halten die Bedingungen bewusst schlecht.» Das bedeutet: Wer in einer solchen Gemeinde Sozialhilfe beziehen will, muss sich auf besonders strenge Auflagen, Weisungen und Sanktionen einstellen.

Wie viele Armutsbetroffene aus welchen Gemeinden und Kantonen nach Zürich reisen, konnte Surprise nicht herausfinden. Von den 36 per Mail angeschriebenen Sozialdiensten antworteten 14; einige knapp, andere ausführlicher. Mit drei Gemeinden konnte Surprise telefonieren, mit dem Sozialdienst von Brugg vor Ort sprechen. Einige der Gemeinden geben an, von Einzelpersonen zu wissen, die Unterstützung an anderen Orten suchen. Doch keine kann konkrete Zahlen über Armut vor Ort nennen. Stattdessen verweisen bei der Frage nach der Anzahl Armutsbetroffener mehrere Gemeinden auf die Anzahl Sozialhilfebeziehender. Das ist aber nicht dasselbe.

2023 lag die Sozialhilfequote laut Bundesamt für Statistik (BFS) schweizweit bei 2,8 Prozent, die Armutsquote lag im selben Jahr bei 8,1 Prozent. Hierbei stützt sich das BFS unter anderem auf Stichproben zu Einkommens- und Lebensbedingungen der Gesamtbevölkerung. Von der Sozialhilfe- auf die Armutsquote zu schliessen, greift zu kurz. Bei der Sozialhilfe und weiteren Sozialleistungen spielt der Nicht-Bezug eine grosse Rolle. Im Kanton Bern etwa, so schätzt es die Berner Fachhochschule, beziehen gut 36 Prozent der Anspruchsberechtigten keine Sozialhilfe. Gründe dafür sind etwa Angst um den Aufenthaltsstatus oder Scham. Ausserdem waren 2023 4,4 Prozent der Erwerbstätigen – trotz Arbeit – armutsbetroffen, sogenannte Working Poor.

Dritte Station bei Oliver Hümbelin in Bern. Um Armut geografisch verorten zu können, greift der Armutsforscher von der Berner Fachhochschule auf Steuerdaten des Kantons Bern zurück. Dabei zeigt sich: Auf dem Land und in der Stadt sind etwa gleich viele Menschen arm. Auf dem Land sind es eher Pensionär*innen sowie in der Landwirtschaft tätige Menschen, in der Stadt Menschen ohne Schweizer Pass oder Freiberufler*innen. Ein weiterer Unterschied zeigt sich beim Bezug von Sozialleistungen: Auf dem Land beziehen weniger Anspruchsberechtigte Sozialleistungen als in der Stadt. Das habe verschiedene Gründe, sagt Hümbelin. «Einerseits sind die Strukturen in der Stadt professioneller. Andererseits ist das soziale Milieu ein anderes.» Der Anteil von Nicht-Bezüger*innen korreliert zudem mit den politischen Mehrheiten in einer Gemeinde: Je rechts-konservativer die Verhältnisse, desto höher die Quote des Nicht-Bezugs. Das zeigen die Daten aus Hümbelins Studien. «In konservativen Gemeinden sind Menschen in Notlagen selbst eher konservativ und lehnen Sozialhilfe grundsätzlich ab.»

Wenn eine Gemeinde nicht wisse, wie viele ihrer Einwohner*innen arm sind, könne sie auch keinen direkten Auftrag daraus ableiten, sagt Hümbelin. Auch die Frage der unfreiwilligen Mobilität und die daraus entstehenden Kosten für Armutsbetroffene bleiben so ungeklärt.

Mehrere Gesprächspartner*innen verweisen bei den fehlenden Zahlen auf den ersten Bericht des Nationalen Armutsmonitorings, der Ende dieses Jahres publiziert werden soll. Auch die unfreiwillige Mobilität werde da Thema sein, schreibt die Nationale Plattform gegen Armut.

Vierte Station sind zwei Orte im Kanton Aargau: Baden und Brugg. Eva Bühler, die in Baden den Sozialdienst leitet, vermutet, dass die etablierten Strukturen in der Stadt zu einem gegentei-

Überlastete Deutschkurse und Nothilfe für Sans-Papiers

Im Juni schrieb das **Solinetz Zürich** einen Brief an die Gemeinden des Kantons Zürich. Der Grund: die Überlastung der Deutschkurse, die der Verein in der Stadt Zürich kostenlos für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus anbietet. **Einige Sozialdienste der Zürcher Gemeinden verweisen ihre Klient*innen an die Gratisangebote des Solinetzes** – obwohl diese Menschen Anrecht auf Angebote der Integrationsagenda haben und die Gemeinden diese von den Kantonen finanzieren lassen könnten. Dazu komme es leider nicht immer, sagt die Co-Leiterin des Solinetzes, Hanna Gerig. «Stattdessen geben sie den Menschen einfach einen Flyer mit für einen unserer Kurse.» Ein weiterer Fall: Während der Corona-Pandemie bezahlte die **Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (SPAZ)** Nothilfe an Sans-Papiers – viele hatten ihren Job verloren. Die Nothilfe für jene Menschen, die in Zürich lebten, vergütete die Stadt an die SPAZ. Gleichzeitig registrierte der Sozialdienst von Uster, dass auch dort wohnhafte Sans-Papiers Nothilfe von der SPAZ erhielten. **Schliesslich übernahm Uster die Kosten der Nothilfe** von 30 Menschen. «Diese Übernahme war aber ein absoluter Einzelfall in einer Ausnahmesituation», sagt die Co-Leiterin der SPAZ, Bea Schwager.

«Wir wissen nicht, wo die armutsbetroffenen Leute sind.»

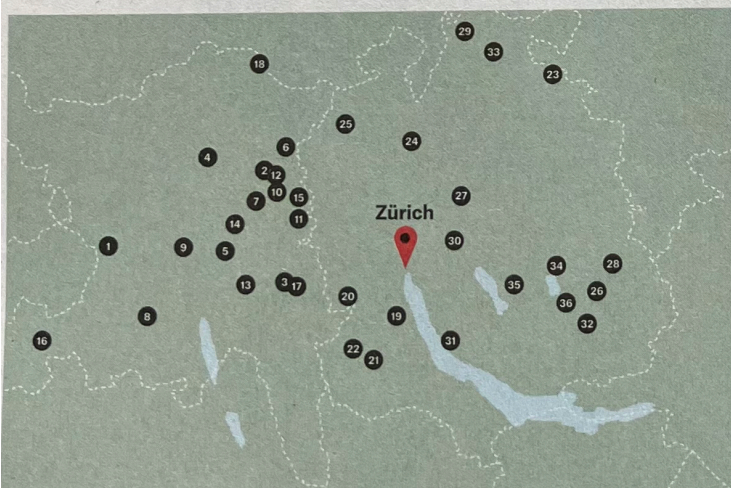
SEVERIN DOMMANN,
SOZIALE DIENSTE BRUGG

ligen Effekt auf dem Land führen können: «Wenn Zentrumsgemeinden schon viele Angebote abdecken, kommt man als ländliche Gemeinde eher auf die Idee, selbst kein Problem zu haben.» Brugg liegt unweit von Baden, eine Stadt mit 13 500 Einwohner*innen, 24 Zugminuten von Zürich entfernt. Wenn man die schweizweiten 8,1 Prozent Armutsquote auf Brugg überträgt, wären knapp 1100 Menschen armutsbetroffen. Doch auch hier: Inwieweit das der Realität entspricht, kann niemand sagen.

Statt einmal pro Tag wie in Zürich kann man hier einmal in der Woche gratis Lebensmittel beziehen. Die Organisation Tischlein deck dich bietet jeden Mittwoch Lebensmittel von Grossverteilern an. Im Unterschied zur Abgabe an der Europaallee in Zürich muss man bei Tischlein deck dich eine Bezugskarte vorweisen. Diese können Armutsbetroffene, Sozialhilfeempfänger*innen und Menschen mit Schutzstatus S über die Sozialdienste der Gemeinden oder andere Sozialstellen beantragen. Die Zahl der Karten ist auf 60 Stück begrenzt. Da diese Limite zwischen 2022 und 2023 durchgehend erreicht war, wurden keine neuen Bezugskarten ausgestellt. Wer also keine Karte hat oder keine beantragen möchte – aus Furcht um den Status und weil man bei den Ämtern nicht auffallen möchte –, macht sich eher auf den Weg nach Zürich. Auch in Baden braucht es eine persönliche Bezugskarte.

Weitere Angebote in Brugg sind ein Nähatelier der Caritas sowie Gratisberatungen und die «Kleine Kinderstube», die gratis Secondhand-Kleider und -Spielsachen anbietet und für die man sich anmelden muss, beides Angebote des Kirchlichen Regionalen Sozialdienstes. Die Heilsarmee in der Nachbargemeinde Umiken bietet einen Mittagstisch oder eine Lebensmittelabgabe an – ebenfalls mit Bezugskartenpflicht. Zum Vergleich: Auf der langen Liste der Angebote in Zürich sind solche ohne Anmelde- oder Kartenpflicht verbreiteter.

Die für die Recherche angefragten Gemeinden.



- | | | | |
|----------------|------------------|------------------------|----------------------|
| 1. Aarau | 10. Neuenhof | 19. Adliswil | 28. Bauma |
| 2. Baden | 11. Spreitenbach | 20. Aesch | 29. Benken |
| 3. Bremgarten | 12. Wettingen | 21. Aeugst am Albis | 30. Dübendorf |
| 4. Brugg | 13. Wohlen | 22. Affoltern am Albis | 31. Herrliberg |
| 5. Dottikon | 14. Wohlenschwil | 23. Altikon | 32. Hinwil |
| 6. Ehrendingen | 15. Würenlos | 24. Bachenbülach | 33. Kleinandelfingen |
| 7. Fislisbach | 16. Zofingen | 25. Bachs | 34. Pfäffikon |
| 8. Kulm | 17. Zufikon | 26. Bäretswil | 35. Uster |
| 9. Lenzburg | 18. Zurzach | 27. Bassersdorf | 36. Wetzikon |

Die 14 Gemeinden, die antworteten

«Wir erkennen Armutsbetroffene dann, wenn sie sich bei uns melden und fragen, ob sie Anspruch auf Sozialhilfe hätten», sagt Anina Spörri, Fachspezialistin bei der Abteilung Gesellschaft der Stadt Brugg. Und Severin Dommann, Leiter der Abteilung, zu der die Sozialen Dienste gehören, ergänzt: «Wir wissen nicht, wo diese Leute sind.» Zwar weiss auch Dommann aus Gesprächen mit Vereinen in Zürich und Bern von Klient*innen aus Brugg. Doch um die Gründe dafür auszumachen oder selbst ein niederschwelliges Angebot aufzubauen, fehle es dem Sozialdienst an Know-how. «Ich vermute, dass die Armutsbetroffenen in den Ballungszentren Zugang zu Angeboten finden, weil sie sich dort eher getrauen, Hilfe zu holen», sagt Dommann. Gerade erarbeite die Abteilung ein neues Konzept – auch in diesem fehlt der Begriff Armut.

Die Abteilung Gesellschaft in Brugg kümmert sich um die Bereiche Familie, Gesundheit, materielle Hilfe und Alter. Armut spiele zwar überall immer wieder eine Rolle, so Dommann und Spörri. Ein eigener Organisationsbereich ist Armut aber nicht. So wie in allen angefragten Gemeinden, die reagiert haben. Selbst beim Sozialdienst der Stadt Zürich fehlt Armut als eigener Fachbereich.

In Brugg ist man sich bewusst, dass die Armut mehr ins Zentrum gerückt werden müsste. Gleichzeitig schaut die Gemeinde auf den Kanton: Würde dieser dem Thema mehr Gewicht geben – etwa mit einem jährlichen Armutsbericht –, wäre das handlungsweisend für die Gemeinden. Tatsächlich könnte der Kanton Aargau demnächst wieder ein Armutsmonitoring durchführen – das letzte und bisher einzige ist dreizehn Jahre alt.

Letzte Station ist die SODK in Bern, die Konferenz der kantonalen Sozialdirektor*innen. Remo Dörig, stellvertretender Generalsekretär, sagt am Telefon: «Wenn Gemeinden in ihren Angeboten das Wort Armut verwenden, kann das abschrecken.» Bezogen auf die öffentliche Darstellung der Angebote von Sozialdiensten scheint dies nachvollziehbar. Doch wenn Armut in den Konzepten und Strukturen der Sozialdienste nicht auftaucht: Wie soll man sie dann konkret bekämpfen und aus der Unsichtbarkeit holen?

Es braucht keine teuren Angebote der Gemeinden, ist Stephan Hochuli vom Kafi Klick in Zürich überzeugt. Sondern solche ohne Ausweispflicht und abseits der Sozialämter, gegen die viele armutsbetroffene Menschen Misstrauen hegen. Hochuli sagt: «Was es in den Gemeinden braucht, sind niederschwellige Angebote in verschiedenen Sprachen. Orte, wo man auch mal einen Kaffee trinken und eine Frage zu einem Dokument stellen kann.»



Recherchefonds: Dieser Beitrag wurde über den Surprise Recherchefonds finanziert. surprise.ngo/recherchefonds



Hintergründe im Podcast: Radiojournalist Simon Berginz spricht mit den beiden Autor*innen Jonas Frey und Kira Kynd über ihre Recherche. surprise.ngo/podcast